

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. Juni 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

P 329 Postulat Elmiger Elin und Mit. über die Ausweitung des Meldetools «Luzern schaut hin» auf den Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Elin Elmiger hält an ihrem Postulat fest.

Elin Elmiger: Formen sexueller Belästigung sind weit verbreitet, die Zahlen steigen gemäss dem Bundesamt für Statistik an. Ein Grossteil der Frauen hat Erfahrungen mit unerwünschten Berührungen oder sexuell suggestiven Kommentaren gemacht. Viele Übergriffe finden im öffentlichen Raum statt, das meiste bleibt ungeahndet. Queerfeindlichkeit ist trotz – oder gerade wegen – des gestiegenen Bewusstseins für viele LGBTIQ+-Personen alltäglich. In einer kürzlich publizierten Studie der Politik- und Kommunikationsforschungsstelle gfs.bern geben 50 Prozent der queeren Befragten an, Opfer von verbalen Angriffen oder Bedrohungen geworden zu sein. Die meisten Diskriminierungen erfolgen im öffentlichen Raum – auf der Strasse, auf Parkplätzen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Cafés, Bars oder Restaurants. Die Normalisierung von sexistischen und queerfeindlichen Belästigungen gilt es zu verhindern. Ein kantonales Meldetool wäre ein starkes Statement für einen sicheren öffentlichen Raum. Es würde die Dunkelziffer der Belästigungen ausleuchten und gesellschaftliche Tendenzen sichtbar machen, sodass in der Prävention und Intervention besser darauf eingegangen werden kann. Die Stadt Luzern hat im Januar 2024 das Meldetool «Luzern schaut hin» lanciert. Die Meldungen erfolgen anonym und unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz. Für Betroffene liefert das Tool Informationen, wie bei einer möglichen strafbaren Handlung vorzugehen ist. Weiter werden aus den Auswertungen der Meldungen Massnahmen in den Bereichen Prävention und Intervention abgeleitet. Da sich das Problem der Belästigungen nicht auf die Stadt Luzern beschränkt und die öffentliche Sicherheit im ganzen Kanton gewährleistet werden muss, ist eine Ausweitung des Meldetools auf den ganzen Kanton angezeigt. Der Kanton Luzern, vertreten durch die Dienststelle Soziales und Gesellschaft (DISG), unterstützt als Allianzmitglied aktiv das städtische Tool «Luzern schaut hin». Das ist sehr erfreulich. Aber was ist mit der Landschaft? Belästigungen enden leider nicht an der Stadtgrenze. Ich wohne in Altwis und weiss das deshalb, leider. Allerdings verfolgt die Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten (SKG) in Kooperation mit dem Eidgenössischen Büro für Gleichstellung (EBG) und dem Städteverband die Idee eines Schweizer Meldetools. Der Kanton Luzern unterstützt das, was sehr begrüssenswert und erfreulich ist. Ein nationales Vorgehen ist sehr sinnvoll. Es ist erfreulich, dass unser Kanton auch dabei ist. Trotzdem sollten wir nicht abwarten. Learnings aus unserem Kanton wären

zum Beispiel eine gute Basis für die Umsetzung des nationalen Meldetools. Gehen wir mit gutem Beispiel voran und setzen uns gegen Queerfeindlichkeit und sexuelle Belästigung ein. Deshalb halte ich an der Erheblicherklärung fest.

Thomas Oehen: Die Postulantin fordert die Regierung auf, das Meldetool «Luzern schaut hin» auf den ganzen Kanton auszuweiten. Dieses Modell funktioniert in der Stadt Luzern bereits seit über einem Jahr. Hier können Fälle von sexueller Belästigung oder Queerfeindlichkeit anonym und unkompliziert gemeldet werden. Die Mitte verurteilt jede Art von sexueller Belästigung, Queerfeindlichkeit oder Diskriminierungen und verschliesst die Augen nicht davor. Nur ist dieses Meldetool nicht das richtige Mittel auf Kantonsebene, um solche Vergehen zu ahnden, ist dieses Tool doch nur dazu geeignet, um die Bevölkerung zu sensibilisieren und zu informieren. Um dem Problem der Diskriminierungen aber gerecht zu werden, braucht es genauere Informationen zu Vorfällen. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Arbeit der Regierung, sich national an einem Schweizer Meldetool zu beteiligen und dessen Entwicklung voranzutreiben. So können gezielte Informations- und Begleitkampagnen mit anderen Kantonen entwickelt werden. Die Kosten werden im Planungsbericht 2026–2029 aufzulisten zu sein. Vor diesem Hintergrund, dass die Regierung bereits an einer Lösung arbeitet, stimmt die Mitte-Fraktion grossmehrheitlich der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Nadine Koller-Felder: Elin Elmiger greift mir ihrem Vorstoss ein relevantes Thema auf. Auch die FDP-Fraktion hat im Jahr 2023 den Planungsbericht zur Förderung der Gleichstellung mit der darin enthaltenen Massnahme 4.8 unterstützt, denn auch wir wollen eine offene, liberale und tolerante Gesellschaft. Dazu gehört auch, dass sich alle Menschen frei und ohne Angst in der Öffentlichkeit bewegen können. Wie es auch der Regierungsrat in seiner Stellungnahme festhält, erachten wir eine Ausweitung des städtischen Meldetools zum heutigen Zeitpunkt als nicht zielführend. Die Häufung von Belästigungen lässt sich wohl vor allem im städtischen Raum beobachten, wo dicht besiedelte Zonen, stärker frequentierte öffentliche Verkehrsmittel und eine hohe soziale Durchmischung aufeinandertreffen. Im ländlichen Umfeld hingegen mit weniger Bevölkerungsdichte und einer anderen soziodemografischen Zusammensetzung ist die Anzahl der Vorfälle wahrscheinlich tiefer. Ein schweizweit koordiniertes Vorgehen, wie es angedacht wird und dass auch kantonale und regionale Unterschiede differenziert werden können, erachten wir als prüfenswert und in Einklang mit dem Planungsbericht. Wir unterstützen deshalb mehrheitlich, dass der Kanton Luzern eine Beteiligung an der nationalen Kampagne evaluiert. Wichtig ist für uns aber bei der Evaluation einer Beteiligung, dass genau hingeschaut wird. Werden die dafür eingesetzten Mittel auch tatsächlich wirksam eingesetzt? Oder können wir die gleichen Ziele auch mit den bestehenden Ansätzen erreichen? Der Kanton Luzern unterstützt ja bereits jetzt das städtische Tool punktuell dort, wo es auch Sinn macht. In diesem Sinn stimmt die FDP-Fraktion mehrheitlich der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Eva Lichtsteiner: 319 Belästigungen wurden seit dem 26. Januar 2024 gemeldet. Mit diesem Satz wird man momentan auf der städtischen Homepage von «Luzern schaut hin» begrüsst. Umgerechnet sind das ungefähr 4,5 Meldungen täglich. Das zeigt, wie aktiv das anonyme Meldetool von der Stadtbevölkerung genutzt wird. Auf der Meldeplattform «Luzern schaut hin» können Opfer und Zeugen von sexuellen oder queerfeindlichen Übergriffen in der Stadt Luzern Vorfälle melden. Doch das ist noch nicht alles. Das Tool umfasst nebst dieser Hauptfunktion unter anderem auch finanzielle Unterstützung von Workshops und Vernetzungsinitiativen. Das führt die Regierung in ihrer Stellungnahme zu diesem wichtigen Postulat aus und betont zugleich, dass Massnahmen gegen geschlechterspezifische Gewalt zentral sind. Leider sieht die Regierung aber kaum Möglichkeiten, um das Tool auf den Kanton auszuweiten. Es würde zu viele personelle und finanzielle Ressourcen beanspruchen.

Stattdessen soll das Problem national angegangen werden. Ein geplantes schweizerisches Meldetool sei die bessere Lösung und die anfallenden Kosten seien im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2026–2029 einzustellen. Das begrüsst die Grüne Fraktion grundsätzlich. Das darf aber nicht dazu führen, dass wir das Problem auf- oder sogar ganz abschieben. Der Kanton Luzern darf nicht eine zu passive Rolle einnehmen und nur zuwarten, sondern muss aktiv voranschreiten und bestehende Strukturen wie «Luzern schaut hin» ausbauen. Wie gross die Nachfrage für Hilfsangebote ist, konnten Sie letzte Woche den Medien entnehmen: Opferhilfe, Anstieg auf neues Rekordhoch, so titelte der «Beobachter» vor wenigen Tagen. Selbstverständlich bezieht sich dieser Anstieg von Fällen auf verschiedene Hintergründe, aber «Luzern schaut hin» ist ein Glied in einer Kette von Hilfsangeboten und gerade deshalb zentral. Sexismus und Queerfeindlichkeit sind Probleme, die nicht an der Stadtgrenze haltmachen. Eine Ausweitung des Meldetools «Luzern schaut hin» auf den gesamten Kanton ist deshalb angebracht. Die Grüne Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung zu. Was wir von der Bevölkerung erwarten, können wir auch selbst vorleben im Sinn von «Luzerner Kantonsrat schaut hin».

Monika Schnydrig: Sexuelle Belästigung ist ein ernst zu nehmendes Thema, das in unserer Gesellschaft keinen Platz haben darf. Wir von der SVP sind uns einig, dass sexuelle Belästigung nicht Alltag sein darf und Betroffene Gehör finden und geschützt werden müssen. Zu den ansteigenden Zahlen: Warum und weshalb diese Zahlen ansteigen, ist gemäss Straftatenstatistik offensichtlich, das ist aber nicht das Thema. Aber auch hier gilt es die Ursachen zu bekämpfen und nicht die Symptome zu behandeln. Das städtische Meldetool «Luzern schaut hin» ist ein bekanntes Instrument, auch in anderen Städten, um das Bewusstsein zu stärken und Missstände sichtbar zu machen. Mit der Ausweitung auf den gesamten Kanton Luzern hingegen muss man vorsichtig sein. Eine kantonale Regelung, die nicht mit einer nationalen Strategie abgestimmt ist, kann ebenfalls zu Problemen führen. Es entsteht ein Flickenteppich und unterschiedliche Regelungen in den Kantonen, was für Betroffene und Behörden gleichermassen schwierig ist. Aus unserer Sicht macht eine Ausweitung auf den Kanton nur Sinn, wenn eine Einführung in ähnlicher Form auf nationaler Ebene erfolgt. Wir wollen keinen isolierten Alleingang riskieren, der möglicherweise auch nicht die gewünschte Wirkung erzielt. Sollte auf nationaler Ebene keine einheitliche Lösung gefunden werden, sehen wir in einer kantonalen Ausweitung keinen Mehrwert. Daher stimmt die SVP-Fraktion der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Riccarda Schaller: Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Die Regierung hat in ihrer Stellungnahme nachvollziehbare Gründe aufgezeigt, etwa die bestehende Unterstützung des städtischen Meldetools «Luzern schaut hin» oder das Engagement auf nationaler Ebene. Das reicht uns aber nicht. Sexuelle Belästigung, queerfeindliche Diskriminierung und geschlechtsspezifische Gewalt sind reale, tägliche Herausforderungen, auch im Kanton Luzern und ausserhalb der Stadt und gerade ausserhalb der Stadt. Es ist richtig und wichtig, dass sich der Bund mit einem nationalen Meldetool befasst. Aber darauf zu warten, bis der Bund so weit ist, greift in unseren Augen zu kurz. Wenn der Kanton Luzern aufzeigt, dass ein kantonales Tool funktioniert, schaffen wir nicht nur eine konkrete Unterstützungsmöglichkeit für Betroffene, sondern setzen auch ein wichtiges Zeichen. Wir schauen im ganzen Kanton hin, nicht nur in der Stadt Luzern. Ein solches Tool hat in erster Linie eine sensibilisierende und präventive Wirkung. Es ist niederschwellig, wirkt in der Breite und fördert die Zivilcourage. Die nötige Abstimmung mit den Gemeinden und Stakeholdern ist kein Grund, um abzuwarten, sondern eine Chance zur Zusammenarbeit. Wir können uns immer noch anschliessen, wenn das nationale Meldetool kommt. Es spricht aber nichts dagegen, bereits heute Verantwortung zu übernehmen, im Gegenteil, es ist unsere Pflicht.

Irina Studhalter: Ich bin in Malters aufgewachsen und lebe in der Stadt Luzern. Ich kenne also das Urbane und das Dörfliche. Alle, die zum Beispiel an einer Fasnachtseröffnung auf dem Land teilnahmen, stimmen mir bei: Sexualisierte und queerfeindliche Gewalt ist nicht eine Frage von urban versus peripher. Deshalb benötigen wir unbedingt eine breitere und grössere Lösung, als nur auf die Stadt Luzern bezogen.

Anja Meier: Zum Votum von Nadine Koller-Felder: Ich kenne die Situation in Rothenburg nicht, aber glauben Sie mir, sexuelle Belästigung gibt es nicht nur in der Stadt oder in der Agglomeration, sondern auch auf dem Land, gerade auch im Luzerner Hinterland, wo ich herkomme. Ich finde es schwierig, wenn man diese Problematik einfach auf den urbanen Raum eingrenzt, gemäss dem Motto «aus den Augen aus dem Sinn» oder «Luzern schaut weg». Sexuelle Belästigung ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Viele Vorrednerinnen und Vorredner, auch von bürgerlicher Seite, haben erklärt, dass wir verschiedene Bevölkerungsgruppen erreichen und diese wirksam sensibilisieren müssen. Dazu braucht es ein koordiniertes Instrument wie das Meldetool «Luzern schaut hin». Auf dieses bestehende Instrument kann aufgebaut werden. Wir haben eine Verantwortung, alle Menschen in diesem Kanton besser zu schützen. Wenn man sich vor Augen führt, dass das nationale Meldetool kommen sollte, wären die Learnings eine gute Basis für die Umsetzung im ganzen Kanton. Ein proaktives Vorgehen lohnt sich also. Deshalb bitte ich Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen und junge Frauen, Queers oder andere Menschen, die Zielscheibe von sexueller Belästigung werden, gerade auch ausserhalb der Stadt Luzern nicht im Stich zu lassen.

Karin Andrea Stadelmann: Ich spreche im Namen einer Minderheit der Mitte-Fraktion. Ich danke den Vorrednerinnen insbesondere auch für die Nennung der Zahlen. Es sind nämlich 319 Fälle oder 319 Fälle zu viel. Es ist ein Problem im Kanton, unabhängig des Alters. Mich ereilen selbst solche Nachrichten und auch solche Beleidigungen, das weiss auch meine eigene Fraktion. Es ist manchmal nicht nur ein unangenehmes Gefühl, sondern man überlegt sich, ob man am Abend noch allein durch den Bahnhof gehen möchte. Das betrifft nicht nur die Stadt Luzern, das überlegt man sich auch an anderen Orten des Kantons. Ich bin auch froh, dass das einige Vorrednerinnen ebenfalls betont haben. Man könnte hier sagen, das eine tun und das andere nicht lassen. Die Mitte kann verstehen, dass es ein nationales Tool braucht und anerkennt die Bemühungen dazu. Wir haben ein Tool, das funktioniert und könnten dieses ausweiten, bis eine nationale Lösung gefunden wird und es eine entsprechende Meldestelle gibt. In diesem Sinn stimmt eine Minderheit der Mitte-Fraktion der Erheblicherklärung zu.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Das Thema ist wirklich unsäglich. Sexuelle Belästigung oder queerfeindliche Diskriminierung werden auch von unserem Rat weder akzeptiert noch toleriert. Deshalb sind wir der Meinung, dass es ein Meldetool braucht. Das Meldetool der Stadt Luzern «Luzern schaut hin» ist auch in anderen Städten bekannt. Es ist ein geeignetes Tool, um solche Meldungen korrekt aufzunehmen. Das Tool hat auf städtischer und kommunaler Ebene auch eine Best-Practice-Auszeichnung. Aus diesem Tool können wichtige Erfahrungen gesammelt und Erkenntnisse gewonnen werden. Das Tool diente an der Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten auch als Grundlage, um darüber zu diskutieren, was schweizweit benötigt wird. Das Meldetool eignet sich sehr gut auf kommunaler Ebene. Schweizweit lautet die Strategie, auch von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider, ein gemeinsames, überkantoniales und koordiniertes Vorgehen anzustreben. Aus diesem Grund benötigen wir ein Tool, das noch mehr Vorteile als die bisherigen hat, nämlich Synergien zwischen den Fachstellen, regionale

Auswertungsmöglichkeiten und eine niederschwellige Möglichkeit für alle Regionen. Zudem soll eine überregionale und überkantonale Zusammenarbeit möglich sein. Die Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten entwickelt bereits ein schweizweites Meldetool. Dieses Meldetool ist für Kantone geeignet und nicht nur für die kommunale Ebene. Deshalb erachtet es unser Rat als zielführender, auf ein schweizweites Meldetool zu setzen, an dem die Kantone mitarbeiten können und das uns alle verbindet. Daher beantragt unser Rat die teilweise Erheblicherklärung.

Der Rat erklärt das Postulat mit 61 zu 44 Stimmen teilweise erheblich.